

V0495/22

Grundsatzbeschluss über die Aufstellung eines Sustainable Urban Mobility Plan (SUMP)

(Referentin:Frau Wittmann-Brand)

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 12.07.2022

Frau Wittmann-Brand geht eingangs anhand der dem Protokoll beiliegenden Power-Point-Präsentation auf den Verkehrsentwicklungsplan 2025 (VEP) ein. Dieser sei in den Jahren 2011 - 2016 erstellt und 2017 vom Stadtrat beschlossen worden. Damals sei eine umfangreiche Bestandsanalyse erarbeitet worden, woraus entsprechende Leitsätze und Handlungsziele abgeleitet wurden. Zahlreiche Maßnahmen, wie der AUDI-Bahnhalt, der Autobahnanschluss Süd oder die Weiterentwicklung des Tarifverbundes VGI, seien bereits umgesetzt worden. Beim Maßnahmenswerpunkt Radverkehr habe man sich zum Ziel gesetzt, den Anteil des Fahrrads am Modal Split auf 25 % zu erhöhen.

Die geplante Fortschreibung des VEP hin zu einem zukunftsorientierten Sustainable Urban Mobility Plan, abgekürzt SUMP, sei notwendig für das im letzten Sitzungslauf beschlossene Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept (ISEK), das einen Planungshorizont bis 2040 habe, erklärt die Stadtbaurätin.

Da bei der Erarbeitung des SUMP viele Interessen und Forderungen aufeinandertreffen werden, brauche es gute, zukunftsorientierte und innovative Ideen und auch Maßnahmen. Das gemeinsame Ziel solle sein, die Mobilität nachhaltiger und „sauberer“ zu gestalten. Es geht auch darum, verkehrsbedingte Luft- und Lärmbelastung zu verringern, aber eben auch die Verkehrssicherheit erhöhen, und so, wie auch bei der Klimaanalyse, die Lebensqualität in Ingolstadt zu verbessern.

Der SUMP sei zwar vergleichbar mit dem VEP, der Fokus liege aber mehr auf der Nachhaltigkeit. Er sei eine integrierte verkehrsträgerübergreifende Planung mit stärkeren interdisziplinären Strukturen und werde verknüpft mit anderen Planwerken, nämlich dem Klimaschutzkonzept, dem ISEK und eben auch der Nachhaltigkeitsagenda.

Auf Seite 4 der Präsentation sehe man das Ablaufschema eines SUMP. Im zeitlichen Rahmen werden als nächste Schritte die Ausschreibungs- und Vergabeunterlagen vorbereitet und ein Vergabewettbewerb durchgeführt. Sie gehe davon aus, dass die Auftragsvergabe durch Stadtratsbeschluss im nächsten Jahr erfolgen werde, so Frau Wittmann-Brand. Die inhaltliche Bearbeitung werde 2023 – 2025 nach den ebenso dargestellten europaweit einheitlichen Leitlinien erfolgen.

Ein wichtiger Meilenstein werde die Haushaltsbefragung „Mobilität in Deutschland“ sein, die bis Ende 2024 vorliegen wird. Im Anschluss daran werde man mit der Strategieentwicklung beginnen. Die Gesamtzeit von Strategieentwicklung, Maßnahmenplanung und Priorisierung werde etwa 3 bis 4 Jahre beanspruchen. Die Kosten der Planungen belaufen sich auf circa 300.000 Euro, aufgeteilt auf die entsprechenden Haushaltsjahre. Weiter werde eine zusätzliche Planstelle in EG 11 / A 12 benötigt, die man im Stellenplan bereits angemeldet habe.

Stadtrat Lange betont die im Kurzvortrag der Vorlage genannte „Nachhaltige Mobilität unter Betrachtung verkehrlicher Wechselwirkungen mit dem Umland.“ Der Oberbürgermeister habe in diesem Bereich in den letzten zwei Jahren deutliche Fortschritte im Vergleich zur früheren Situation erzielt. Gerade in Bezug auf den ÖPNV und auf Radwege sei dies besonders wichtig, da man unnötiges Bauen vermeiden sollte. Für die Integration des Umlandes in die Gesamtentwicklung der Region, auch was Wohnorte anbelange, brauche es eine vernünftige Infrastruktur hierfür. Seiner Meinung nach habe man das regionsweite

Denken im VEP schon teilweise eingebracht, es könne aber durchaus noch verstärkt werden, so Herr Lange.

Herr Oberbürgermeister Dr. Scharpf teilt diese Meinung; diese Themen würden auch immer wieder auf den Treffen mit den Landräten besprochen werden. Der Verkehr höre nicht an der Stadtgrenze auf, Mobilität müsse übergreifend gedacht werden.

Die Stadtbaurätin verweist auf Punkt 1 der Grundprinzipien der europaweiten SUMP-Leitlinien, der genau dieses Thema behandle.

Stadtrat Pauling wünsche sich in Bezug auf die Aussage von Herrn Lange eine kompetitive Betrachtung der verschiedenen Verkehrsmittel bei der Planung. Auf manchen Busverbindungen sei man langsamer als auf dem Fußweg. Er fände es daher sinnvoll, Quell- und Zielgebiete nebeneinander zu stellen mit der Zielsetzung, die alternativen Verkehrsmittel insoweit anzupassen, dass ein ausgewogenes Verhältnis entstehe.

Stadtrat Bannert erkundigt sich nach der Qualität der Beschlussfassung. Bei einem vorberatenden Gremium wolle er nicht mit Ja oder Nein abstimmen, zumal er sich noch mit seinen Fraktionskollegen besprechen wolle. Die endgültige Entscheidung falle erst in der Stadtratssitzung.

Der Oberbürgermeister erklärt, dass es sich um ein vorberatendes Votum handle.

Stadtrat Dr. Meyer fragt, auch in Hinblick auf weitere Tagesordnungspunkte, wie es sich in den nächsten Sitzungsläufen mit Beschlüssen über Stellenmehrungen verhalte. In der Vorlage sei eine Stelle ausgewiesen, obwohl man vor einigen Wochen erst den Stellenplan behandelt habe. Soweit er den Personalreferenten damals verstanden habe, sei dieser abschließend gewesen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Scharpf entgegnet, dass in der Sitzung damals angekündigt worden sei, dass weitere Projektvorlagen kämen.

Frau Wittmann-Brand ergänzt, dass genau diese Stelle für den SUMP bereits im Stellenplan inkludiert sei. Von Herrn Kuch sei in der Sitzung zum Stellenplan kommuniziert worden, dass sie mit einer tatsächlichen Vorlage wieder vorgelegt werde.

Stadtrat Bannert stellt die Frage in den Raum, ob die Verwaltung nicht versuchen könne, neue Tätigkeitsfelder innerhalb der bereits bestehenden Stellen aufzuteilen. Es komme ihm so vor, dass bei neuen Themen grundsätzlich ein Antrag auf eine neue Stelle eingebracht werde. Diese „Scheibchenpolitik“ werde seine Fraktion nicht mehr mittragen. Er sei der Meinung, dass dies längerfristig nicht finanzierbar sei. An den Punkten 1 und 2 des Antrags habe er nichts auszusetzen, die anderen Punkte zum Personal könne er nicht mittragen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Scharpf wendet ein, dass diese Stelle als Gegenstand des Stellenplans bereits in der letzten Sitzung beschlossen worden sei. Weiter sei zu bedenken, dass die Anforderungen stetig steigen. Er denke hierbei beispielsweise an die vielen Stadtratsanträge, was keine Kritik, sondern eine Feststellung sei. Der Anspruch einer modernen Verkehrspolitik erfordere Personal zur Bearbeitung. Das sei eine andere Situation als vielleicht noch vor einigen Jahrzehnten. Grundsätzlich seien die Personalkosten in den Jahren 2012 - 2020 um 57 % gestiegen; bei den Steigerungen der letzten Jahre bewege man sich immer in einem bestimmten Korridor bei ca. 40%. Für eine aussagekräftige Bewertung müsse man die Personalkosten ins Verhältnis zum Verwaltungshaushalt setzen, so der Oberbürgermeister. Diese Diskussion gehöre außerdem in den VPA und nicht in den PLA, wo man das Sachthema Verkehrspolitik behandeln wolle.

Stadtrat Bannert kritisiert die häufige Aussage, dass die Stadt wachse. Er habe sich die Einwohnerzahlen der letzten zehn Jahre angesehen. Daran könne man ablesen, dass die Stadt nicht überdurchschnittlich wachse, es gebe sogar Jahre mit sinkender Bevölkerungszahl.

Der Oberbürgermeister erinnert an den generellen Anstieg der gesetzlichen Anforderungen. Bei einem Stadtfest bräuchte man im Vergleich zu früheren Zeiten beispielsweise ein Sicherheitskonzept, Sicherheitsdienste, Ausschreibungen etc. Gerade nach dem Love-Parade Unglück in Duisburg könne man keine Risiken eingehen. Die Bearbeitung erfordere daher eben zusätzliches Personal.

Laut Finanzminister Füracker bewegt sich der Personalhaushalt des Freistaats und generell in ganz Bayern in einem ähnlichen Anstieg.

Stadtrat Bannert entgegnet, dass er keinen Grund sehe, warum die Aufgaben der neuen Stelle nicht von den aktuellen Mitarbeitern des Amtes für Verkehrsmanagement und Geoinformation übernommen werden könne.

Frau Wittmann-Brand erläutert die Personalsituation im Sachgebiet Verkehrsplanung. Sie halte eine nachhaltige Ausrichtung der Verkehrs- und Mobilitätsplanung eine gute Investition in die Zukunft.

Stadtrat Achhammer möchte, bezogen auf die Aussagen von Stadtrat Lange zu Beginn, darauf hinweisen, dass in der letzten Legislaturperiode bereits herausragende Verkehrsprojekte, wie der AUDI-Bahnhalt oder der VGI, durch die Rathauspitze umgesetzt worden seien.

Herr Oberbürgermeister Dr. Scharpf entgegnet, dass beim Modal Split gleichwohl noch Nachholbedarf bestehe.

Gegen die Stimme von StR Bannert:
Entsprechend dem Antrag befürwortet.